GRUENE-HESSEN.DE

SCHULINFO

Informationen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

Sehr geehrte Lehrerinnen und Lehrer,
sehr geehrte Eltern,
liebe Schülerinnen und Schüler,

wie jedes Jahr zu Schuljahresbeginn möchten wir Sie wieder über unsere Bildungspolitik informieren.

Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler unabhängig vom sozialen Hintergrund der Eltern zu schaffen, ist das große Ziel unserer Bildungspolitik. Alle Kinder sollen bestmöglich gefördert werden und ihre Potenziale entwickeln können. Sie und wir wissen, dass dies leichter gesagt als im Alltag getan ist. Zumal unsere Schulen vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen stehen, die zusätzlich zu allen anderen Aufgaben gestaltet werden wollen:

- Die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler nimmt zu. Sie kommen mit immer unterschiedlicheren Voraussetzungen von zu Hause in die Schule.
- Der Bedarf an ganztägig arbeitenden Schulen ist weiter gestiegen. Immer mehr Eltern wollen, dass mehr Zeit für die Förderung ihrer Kinder bleibt und sind auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angewiesen.
- Die Kinder und Jugendlichen, die aus ihren Heimatländern fliehen mussten, brauchen besondere Förderung beim Erwerb der deutschen Sprache und anschließend bei der Integration.
- Ein inklusives Bildungsangebot, in dem Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen, kommt nicht von allein.

Für alle diese Herausforderungen brauchen unsere Schulen gute Rahmenbedingungen und Unterstützung. Daher haben wir seit Beginn der Legislaturperiode im Jahr 2014 den Schwerpunkt auf die Bereiche Ganztagsschulprogramm, Lehrerzuweisung nach Sozialindex, Deutschförderung/Integration und Inklusion gelegt. In diesem Schuljahr stehen den Schulen für diese Aufgaben zusammengenommen 3.510 Stellen mehr zur Verfügung als im Schuljahr 2013/14 (siehe Grafik). Natürlich sind damit die Herausforderungen noch nicht bewältigt. Dies gilt insbesondere auch angesichts der bundesweiten Knappheit an Lehrkräften. Durch sie ist es für die Schulen und die Schulverwaltung schwieriger geworden, alle vorhandenen Stellen auch besetzen zu können.
Die Zahlen zeigen aber, dass wir die Ausstattung unserer Schulen in den vergangenen Jahren deutlich verbessert haben und wir wollen dies auch weiterhin tun. Gerne kommen wir hierzu mit Ihnen ins Gespräch. Denn nur durch Ihre Rückmeldungen können wir die Rahmenbedingungen noch besser an die Bedürfnisse vor Ort anpassen.

Mathias Wagner,
Fraktionsvorsitzender und
bildungspolitischer Sprecher

DAS NEUE SCHULGESETZ UND DAS SCHULJAHR 2017/2018 IM ÜBERBLICK

1 105 % Lehrerversorgung

Auch in diesem Schuljahr erhalten die Schulen landesweit eine 105%ige Lehrerzuweisung. Somit können sie über die Grundunterrichtsversorgung hinaus an die jeweilige Schule vor Ort angepasste Förder- und Unterstützungsmaßnahmen auf den Weg bringen. Was in Hessen mittlerweile fast zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, gibt es in anderen Bundesländern nicht. Dort wird noch daran gearbeitet, den Pflichtunterricht vollständig abdecken zu können. Angesichts der bundesweiten Knappheit an Lehrkräften ist es eine Herausforderung, alle Stellen auch tatsächlich zu besetzen.

2 Ganztagsschulen und Pakt für den Nachmittag

Noch nie gab es Schuljahr für Schuljahr so viele zusätzliche Stellen für ganztägige arbeitende Schulen wie derzeit. So steht mehr Zeit zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler zur Verfügung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern wird erleichtert. Mit dem Pakt für den Nachmittag ermöglichen wir schrittweise an allen Grundschulen ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr. Zum neuen Schuljahr sind schon zwei Drittel aller Schulträger und 168 Schulen dabei.

Zusätzlich werden Schulen gefördert, die ihr Ganztagsschulprogramm erweitern oder sich zu einer rhythmisierten Ganztagsschule weiterentwickeln wollen. So konnten seit dem Schuljahr 2016/17 alle Anträge von Schulträgern auf Einrichtung einer rhythmisierten Ganztagsschule nach Profil 3 genehmigt werden.

3 Schülerticket: Ganz Hessen für einen Euro am Tag

Mit dem neuen Schülerticket werden Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und alle im Bundesfreiwilligendienst in ganz Hessen mobil. Für einen Euro am Tag – 365 Euro im Jahr – können sie in ganz Hessen Busse und Bahnen nutzen. Und das nicht nur für den Weg zur Schule, sondern jederzeit. Startschuss für das landesweite Ticket war der 1. August 2017.

4 Integrierte Gesamtschulen werden zu Schulen mit allen Möglichkeiten

Ab dem Schuljahr 2017/18 können die integrierten Gesamtschulen ihren Unterricht auch komplett binnendifferenziert – ohne Aufteilung in Kurse – organisieren. Dafür sinkt die Klassenhöchstgrenze auf 25 Schülerinnen und Schüler. Die integrierten Gesamtschulen werden so zu Schulen mit allen pädagogischen Möglichkeiten. Denn gerade Binnendifferenzierung ermöglicht es, besser auf jedes einzelne Kind eingehen zu können.

5 Inklusion wird schrittweise zur Regel

Auch im neuen Schuljahr setzen wir den Weg zu einem inklusiven Bildungsangebot ebenso konsequent wie mit Augenmaß fort. Dabei orientiert sich die Umsetzung in Hessen am Elternwunsch. Die Mütter und Väter entscheiden, ob sie für ihr Kind den Inklusiven Unterricht oder eine Förderschule als geeigneten Förderort ansehen. Durch die Inklusiven Schulbündnisse und das neue Schulgesetz wird die sonderpädagogische Unterstützung auf Grundlage des Elternwillens zwischen Inklusivem Unterricht und Förderschulen verteilt. Im Ergebnis unterrichten im Schuljahr 2017/18 2378 Sonderpädagoginnen und –pädagogen inklusiv (+ 686 gegenüber dem Beginn der Legislaturperiode) und 2045 an Förderschulen. Erstmals gehen also mehr Ressourcen in den inklusiven Unterricht als an Förderschulen. Außerdem sollen die Sonderpädagoginnen und -pädagogen künftig in der Regel fest einer inklusiv arbeitenden Schule zugeordnet und nicht wie bislang an mehreren Schulen eingesetzt werden.

6 Deutschförderung und Integration von Flüchtlingen

Mit der Zahl der Menschen, die aus ihren Herkunftsländern fliehen mussten, ist auch die Herausforderung für unsere Schulen gestiegen, Flüchtlingskinder zu beschulen, ihnen beim Lernen der deutschen Sprache zu helfen und sie in den Regelunterricht zu integrieren. Hier wurde und wird an den Schulen Herausragendes geleistet. Das Land stellt für die Deutschförderung und Integration in diesem Schuljahr 2.630 Stellen zur Verfügung (1.610 mehr als zu Beginn der Legislaturperiode). Neben der Sprachförderung an den allgemeinbildenden Schulen steht mit dem Programm „InteA“ erstmals auch für die beruflichen Schulen ein systematischer Förderansatz zur Verfügung. Durch den schulischen Integrationsplan erhalten die Schulen zusätzliche Ressourcen für den Übergang von den Sprachförderklassen in den Regelunterricht.

7 Mehr Lehrkräfte für Schulen mit besonderen Herausforderungen

Schulen, die mit besonderen sozialen Problemen in ihrem Umfeld konfrontiert sind, erhalten eine höhere Lehrerzuweisung, um ihre Schülerinnen und Schüler besser fördern zu können. Diese Lehrerzuweisung nach Sozialindex wird in der laufenden Legislaturperiode von 300 auf 600 Stellen verdoppelt. In Schuljahr 2017/18 sind es bereits 540 Stellen und damit 240 mehr als zu Beginn der Legislaturperiode.

8 Keine reinen Hauptschulen mehr

Durch das neue Schulgesetz wird die Neugründung eigenständiger Hauptschulen ausgeschlossen. Die bestehenden eigenständigen Hauptschulen laufen aufgrund der vom Kultusministerium bereits genehmigten Schulentwicklungspläne aus. Damit reagieren wir darauf, dass die reine Hauptschule von den Eltern in den vergangenen Jahren immer weniger akzeptiert wurde.

9 Eigenständige Oberstufen sind wieder möglich

Mit dem neuen Schulgesetz dürfen eigenständige gymnasiale Oberstufen wieder gegründet werden. Gerade für Schülerinnen und Schüler, die mit einem guten Realschulabschluss auf die Oberstufe wechseln, bieten die eigenständigen Oberstufen ein spezifisches Angebot. Sie erleichtern also den Wechsel und verbessern somit die Durchlässigkeit des Schulsystems.

10 Produktionsschulen im Schulgesetz verankert

Zum ersten Mal haben Produktionsschulen, die mit beruflichen Schulen zusammenarbeiten, eine Grundlage im Schulgesetz. Durch die Verbindung von praktischen Tätigkeiten mit dem Unterricht verwirklichen die Produktionsschulen einen eigenen pädagogischen Ansatz. Von diesem profitieren insbesondere Schülerinnen und Schüler, die sonst keinen Schulabschluss oder keinen Ausbildungsplatz erlangt hätten.

11 G9 wieder die Regel

Bei der Frage, ob das Abitur im Anschluss an die Grundschule nach 8 oder 9 Jahren abgelegt werden kann, haben wir uns seit Jahren für die Wahlfreiheit der Eltern eingesetzt. Durch die Schulgesetzänderungen der vergangenen Jahre können die Eltern wählen und haben entschieden: G9 ist in Hessen die Regel. Nur noch 11 Schulen bieten ausschließlich G8 an.

12 Arbeitszeitreduzierung

Mit dem neuen Schuljahr profitieren die Lehrerinnen und Lehrer von der für alle Beamtinnen und Beamten geltenden Arbeitszeitverkürzung. Im Ergebnis sinkt für die Lehrkräfte ihre Unterrichtsverpflichtung. Zum Ausgleich haben wir dafür 600 Lehrerstellen geschaffen.

Mehr Infos

Bildung:
- gruenlink.de/1ck8
  www.gruene-hessen.de

Schul-Info 2017/2018

Konzept zur Lehrkräftegewinnung

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler wird bundesweit anwachsen, statt wie bisher erwartet, zu sinken. Schon im vergangenen Schuljahr hat Hessen auf diese Entwicklung reagiert. Denn wir wollen, dass die 3.510 Stellen, die wir seit Beginn der Legislaturperiode für die Schwerpunktbereiche Ganztag, Sozialindex, Deutschförderung/Integration und Inklusion zur Verfügung gestellt haben, alle auch tatsächlich besetzt werden können. Gleichwohl ist es so, dass zu Beginn des Schuljahres 2017/18 rund 100 Stellen noch nicht besetzt werden konnten.
Um der Knappheit an Lehrerinnen und Lehrern zu begegnen, hat die Landesregierung ein dreistufiges Maßnahmenpaket zur Gewinnung von Lehrkräften auf den Weg gebracht. Der Plan sieht kurzfristig die Einbindung von Lehrerinnen und Lehrern vor, die kurz vor oder nach der Pensionierung stehen. Mittelfristig werden Lehrkräfte aus anderen Lehrämtern, die bislang keine Stelle erhalten haben, beispielsweise aus dem Gymnasialbereich, durch Weiterbildung für das Grundschullehramt gewonnen. Langfristig stocken wir die Ausbildungskapazität der Universitäten sowohl für Grund- als auch für Förderschulen auf. Die Universitäten haben bereits mit der Umsetzung begonnen. Die Lehrerinnen und Lehrer, die wir heute brauchen, hätten aber – je nach Dauer der Ausbildung in den unterschiedlichen Lehrämtern - vor fünf bis sieben Jahren ihre Ausbildung beginnen müssen. Das wurde versäumt. Diesen Fehler können wir rückwirkend nicht korrigieren, aber wir arbeiten daran, dass die Lehrerversorgung dennoch gesichert werden kann.

Gebärdensprache wird Wahlfach

An allen hessischen Schulen, die das wünschen, kann ab sofort Unterricht in der Deutschen Gebärdensprache angeboten werden. Damit setzt die Landesregierung ein Zeichen und unterstreicht, dass Inklusion in Hessen von der Ausnahme zur Regel werden soll.
Der Unterricht in der Deutschen Gebärdensprache kann jetzt als Wahlfach unabhängig davon erfolgen, ob vor Ort hörgeschädigte Kinder und Jugendliche beschult werden. Bisher wurde die Gebärdensprache nur an vier hessischen Förderschulen unterrichtet, die hauptsächlich mit hörgeschädigten Kindern und Jugendlichen arbeiten. Jetzt können Schülerinnen und Schüler auch an allen allgemeinbildenden Schulen die Gebärdensprache erlernen, wenn die Schule ein entsprechendes Angebot macht. Schon im März dieses Jahres wurden in Hessen etliche Pädagogen und Pädagoginnen in der Deutschen Gebärdensprache fortgebildet.
Die Möglichkeit, die Gebärdensprache zu lernen, ist ein wichtiger Schritt. Er bringt Menschen einander näher und baut eine Brücke der Verständigung. Denn Kommunikation ist die Grundlage für gegenseitiges Verständnis.

Bildungspolitiker der Fraktion

Mathias Wagner
Fraktionsvorsitzender
Bildungspolitischer Sprecher
Tel.: 0611 / 350 746
m.wagner@ltg.hessen.de
mathiaswagner.de

Daniel May
Sprecher für Wissenschaft, Forschung und Hochschulen
Tel.: 0611 / 350 794
d.may@ltg.hessen.de
daniel-may.de

Impressum

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
V.i.S.d.P.: Angela Dorn,
Parlamentarische Geschäftsführerin
Gestaltung und Layout:
Till Haupt/Leonie Ströver
Bilder: Titel - Sunny studio/Fotolia